

CDU: Unzumutbar für Polizisten

SANITÄRANLAGEN Landesbetrieb mit neuen Prioritäten bei Sanierung der Inspektion 1

MAINZ (dns). Marode Duschen, verstopfte Leitungen – die Sanitäranlagen der Polizeiinspektion 1 in der Weißliliegasse sind seit Fertigstellung des Gebäudes 1985 nicht saniert worden. Die Polizei hatte den Landesbetrieb Liegenschafts- und Baubetreuung (LBB) schon 2015 darum gebeten, die Anlage nach über 30 Jahren zu sanieren. Doch der LBB hatte die Baumaßnahmen mit Verweis auf seine Personalsituation wiederholt verschoben (AZ berichtete).

Der LBB bearbeitet in der Inspektion mehrere Maßnahmen, „die Sanierung der WC-Anlage ist ein Teil davon“, teilt die Mainzer Niederlassung jetzt mit. Im Januar 2014 habe man die WC-Anlagen instandgesetzt, „Abwasserleitungen wurden freigelegt und Sanitäröbekte im Erdgeschoss erneuert“, heißt es weiter. Im Jahre 2015, so der LBB weiter, wurde das Behinderten-WC erneuert – doch das steht nur den Besuchern der Inspektion zur Verfügung.

Ende April seien zudem eine Rohrbefahrung und Präsarbeiten durchgeführt worden. „Aufgrund

der bekannten Dringlichkeit der Maßnahme wurden unter Berücksichtigung aller laufenden Maßnahmen die Prioritäten neu gesetzt“, teilt der LBB mit. Kurzfristig soll das Projektteam jetzt personell verstärkt werden. Außerdem wurden „aktuell Angebote zur Einschaltung freischaffender Architektur- und Ingenieurbüros eingeholt.“

Die Mainzer CDU-Stadtratsfraktion zeigt sich indes entsetzt über den Zustand der Anlagen. „Die Situation ist für die Polizisten einfach unzumutbar“, erklärt Stadtrat Klaus Hafner, die Situation müsse sofort verbessert werden. Es sei „eine Schande“, dass die Beamten nach einem anstrengenden Einsatztag in maroden Sanitäranlagen duschen müssten oder Toiletten nicht einwandfrei funktionierten. „Wenn der LBB die notwendigen Maßnahmen nicht umgehend in Gang setzen kann, dann muss der Auftrag eben anders vergeben werden“, betont Hafner.

Leider werde die Polizei seit Jahren von der Landesregierung alles andere als gut behandelt.

Probleme des Presserechts

VORTRAG Medienanwalt Gernot Lehr zu Gast bei Veranstaltung von Presseclub und VRM

MAINZ (red). Der Bonner Medienanwalt Gernot Lehr referierte bei einer gemeinsamen Veranstaltung des Presseclubs Mainz und der VRM über besondere Probleme des Presserechts. Zu Lehrs Mandanten zählen unter anderem das ZDF, der emeritierte Papst Benedikt XVI. – Joseph Ratzinger – und der frühere Bundespräsident Christian Wulff. Lehr unterstrich insbesondere die Sorgfaltspflicht der Medien bei einer Verdachtsberichterstattung, dann also, wenn ein strafrechtlicher Vorwurf noch nicht gerichtlich geklärt ist.

Mit Blick auf die Fälle Wulff und Kachelmann übte der Anwalt deutliche Kritik an den Staatsanwaltschaften in Hanno-



Gernot Lehr zählt zu seinen Mandanten unter anderem Papst Benedikt XVI. Foto: hzb/Henkel

ver und Mannheim: Hier sei in weiten Teilen Vorverurteilung betrieben worden.



Sichtbares Zeichen einer bunten Welt: Zum Ende der Veranstaltung stiegen hunderte Luftballons in den Himmel. Foto: hzb/Judith Wallerius

Zeichen für offene Gesellschaft

IDAHOT „Internationaler Tag gegen Homophobie und Transphobie“ vor dem Dom

Von Andre Massilge

MAINZ. Wie eine Miniaturausgabe der Landeshauptstadt Mainz wirkte der Marktplatz am Fuße des Doms in der Abendsonne: Bunt, belebt, vielfältig. Denn dort versammelten sich am Mittwochabend mehrere hundert Menschen, um am „Internationalen Tag gegen Homophobie und Transphobie“ (IDAHOT) ein Zeichen für Gleichheit und eine offene Gesellschaft zu setzen. Musikalische Begleitung gab es dabei von der Band „Sooty Kitchen“.

In unserer modernen, vielschichtigen Gesellschaft ist die

Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transidenten und Intersexuellen (LSBTI) noch ein enorm präsent Thema, denn es zeigt sich

„

Wir dürfen nicht nachlassen.

Anne Spiegel, Ministerin

leider, dass die Gleichbehandlung von LSBTI noch lange keine Normalität ist. Und das nicht nur international, sondern auch in der Bundesrepublik. „Die Ehe ist beispielsweise noch nicht of-

fen, man hängt sich an einer unzeitgemäßen Sexualmoral auf“, verkündet der Moderator der Kundgebung, Tobias Boll. Auch die rheinland-pfälzische Ministerin für Frauen, Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz, Anne Spiegel, setzt sich für eine vielfältigere und gerechtere Gesellschaft ein. „Wir dürfen nicht nachlassen, denn die rechten Stimmen werden wieder lauter. Wir kämpfen weiter für eine offene Gesellschaft!“ Vor allem das seit Jahrzehnten bestehende Transsexuellengesetz kritisiert die Familienministerin als teilweise verfassungswidrig und fordert eine Reform.

Für Michael Wilk, Arzt und Sozialaktivist aus Wiesbaden, geht es nicht nur um Toleranz einer „Abnormalität“, sondern um die Akzeptanz von Realitäten. „Pathologisch ist nicht die angebliche Krankheit der Minderheiten, sondern die Gesellschaft im Umgang mit diesen Minderheiten.“ So ließen die Versammelten frei nach dem Motto „Wir lassen uns unsere bunte Welt nicht schwarzmalen“ zum Ende der Veranstaltung hunderte bunte Ballons in den Himmel steigen und umarmten und küssten sich beim sogenannten „Kiss'n Hug-in“ im Sinne einer toleranteren Gesellschaft.

OB rechnet mit Ergebnis im November

BAUSTELLENMANAGEMENT Auftrag an externes Büro kann in der kommenden Woche vergeben werden

MAINZ (csc). Dass die Stadt acht Monate für die Ausschreibung benötigt hat, um ein externes Büro für die Untersuchung des Baustellenmanagements zu finden, veranlasste die CDU zu einer Stadtratsanfrage. Oberbürgermeister Michael Ebling (SPD) erklärt, dass die dafür benötigten Finanzmittel im Haushalt 2017/2018 angemeldet wurden. Somit hätten sie erst nach Genehmigung des Doppelhaushaltes durch die Aufsichts- und

Dienstleistungsdirektion (ADD) zur Verfügung gestanden. „Nachdem die Genehmigung kürzlich erfolgte, wurde die Vergabestelle des Amtes für Finanzen, Beteiligungen und Sport sofort mit der entsprechenden Ausschreibung beauftragt“, so Ebling. Die Ausschreibungsfrist werde diese Woche ablaufen, sodass der Auftrag in der kommenden Woche vergeben werden kann, sofern geeignete Bewerbungen eingegangen sind.

Aufgabe des Büros sei die Entwicklung eines Soll-Konzeptes zur Verbesserung der internen Verwaltungsstrukturen, etwa die Aufbau- und Ablauforganisation sowie die Modernisierung der EDV-Strukturen. Außerdem solle die Zusammenarbeit mit Externen wie den Stadtwerken und Netzbetreibern verbessert werden.

Zu den Kosten könne sich die Verwaltung wegen des laufenden Vergabeverfahrens nicht äußern.

Bei der vorherigen Schätzung hatten sie aber unter 100.000 Euro gelegen. Abgeschlossen sein werde die Untersuchung vermutlich im November.

Die Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen des Büros werden in einem Abschlussbericht zusammengefasst. „Dieser Bericht wird den zuständigen Gremien vorgelegt, wie dies bei allen Organisationsuntersuchungen der Fall ist“, versichert der OB.

Muslimen laden erstmals draußen zu Begegnungstag

MAINZ (mh). Der Tag der Begegnung hat beim Arbeitskreis Mainzer Muslime längst Tradition. Dieses Jahr, so Sammy El Hagrasy, Vorsitzender des Arbeitskreises, sollen allerdings neue Wege beschritten werden, um ins Gespräch zu kommen. Haben die Moscheen in den vergangenen Jahren in ihre Räume eingeladen, gehen die Muslime dieses Jahr nach draußen: „Wir wollten die Begegnung nach draußen verlegen und viele Menschen auf der Straße erreichen“, sagt Sammy El Hagrasy.

„Wir freuen uns auf einen angeregten und offenen Dialog mit unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in der Mainzer Fußgängerzone.“ Die Vertreter der Mainzer Moscheegemeinden stehen zum Informationsaustausch und zur Beantwortung aller Fragen zur Verfügung, betont er. Der Infostand, an dem Muslime zum Gespräch laden, steht am Samstag, 20. Mai, von 11 bis 17 Uhr in der Adolf-Kolping-Strasse, Nordausgang Römerpassage.

Mehr Sicherheit durch Alternativrouten

RADVERKEHR Vom Gehweg auf die Straße – FDP-Antrag will Gefahrenstellen und Engpässe entschärfen

Von Carina Schmidt

MAINZ. Dass die Stadt den Radverkehr fördert, wird von der Mainzer FDP unterstützt. Dennoch, so die Feststellung der Fraktion, werden Konflikte zwischen Radfahrenden und anderen Verkehrsteilnehmern immer häufiger öffentlich diskutiert.

„Nicht wenige Radfahrer benutzen Fußgängerzonen und fahren auch in gemischten und verkehrsberuhigten Zonen oft zu schnell“, kritisieren die Liberalen in einer Stadtratsanfrage, die sich rund um das Thema Radverkehr dreht.

Wie Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne) mitteilt, informiere die Verwaltung mit einem Flyer darüber, welche Bereiche der Fußgängerzonen genutzt werden dürfen und welche tabu seien. „Dabei werden auch mögliche Alternativrouten angezeigt, die das Umfahren der Fußgängerzone legal ermöglichen.“ Polizei und das Verkehrsüberwachungsamt würden außerdem regelmäßig kontrollieren, um Fehlverhalten zu ahnden. Rotlichtverstöße würden von der



Um gefährliche Begegnungen in Fußgängerzonen oder verkehrsberuhigten Zonen zu vermindern, soll das Radfahren auf gut ausgebauten Fahrbahnen attraktiver werden, wünscht sich Verkehrsdezernentin Katrin Eder (Grüne).

Archivfoto: hzb/Stefan Sämmner

Polizei wöchentlich geahndet. Die Informationen über richtiges Verhalten von Radfahrenden in den Fußgängerzonen werde verstärkt, beispielsweise beim „Bürgerforum Radverkehr“ zusammen mit der Polizei am 3. Juni. Auch Aktionstage und die Internetseite werden zum Informieren genutzt. Künftig sollen

auch die Alternativrouten noch attraktiver für das Radfahren gestaltet werden.

Der von der FDP festgestellte Trend, dass Radfahrer verstärkt auf Fußwege ausweichen würden, könne die Verwaltung nicht bestätigen. Allerdings nehme der Radverkehr insgesamt zu. „Um das Gehwegradeln zu

unterbinden, soll das Radfahren auf der Fahrbahn attraktiver gestaltet werden“, kündigt Eder an. Dazu würden etwa Piktogramm-Ketten, Aufstellflächen für Radfahrende in Kreuzungsbereichen sowie Radfahr- und Schutzstreifen helfen.

Die Piktogramme sollen die Verkehrsführung eindeutiger

machen. Beispiel Göttermannstraße: Hier ist die Radwegebenutzungspflicht aufgehoben, sodass Radler die Wahl zwischen Weg und Fahrbahn haben. Die Effekte werden von einer Vorher-Nachher-Untersuchung durch die Universität Dresden begleitet.

Der Vorschlag der FDP, Radfahrern ein möglichst konfliktarmes Verkehrsnetz anzubieten, unterstütze die Verwaltung. Das Vorgehen werde bereits umgesetzt, so auch bei der von Schülern beliebten Route zwischen Hechtsheim und der Innenstadt über Karcherweg, Ebersheimer Weg und Neumannstraße. Der Ausbau solcher Strecken sei geplant.

„Bei der weiteren Entwicklung des Radroutennetzes werden aktuelle Trends wie Lastenräder aber auch Fahrradanhänger und Pedelecs oder E-Bikes beachtet“, versichert Verkehrsdezernentin Eder. Auch gebe es Vorteile durch die Verlagerung des Radverkehrs auf die Fahrbahn. Bei der Freigabe von Einbahnstraßen in Gegenrichtung für Fahrradfahrer würden ausreichende Platzverhältnisse berücksichtigt.

LESERBRIEF

Gegen die Baugenehmigung für einen Neubau der Laubheimer Grundschule hat eine BI Widerspruch eingelegt.

Leidtragende sind Kinder und Lehrer

Die BI besteht überwiegend aus Anwohnern in direkter Nachbarschaft zur Schule. Als sie einzuigen, stand diese schon lange, sie wussten also, wo sie hinzogen. Dass hier eine Großsporthalle entstehen soll, ist falsch. Die neue Sporthalle wird in gleichem Umfang genutzt wie die bisherige Halle. 1200 Unterschriften wurden gesammelt, bei genauem Hinsehen stellt man fest, dass mehr als die Hälfte der Unterzeichner nicht aus Laubheim, also gar nicht betroffen sind. Die BI behauptet, dass die Kosten einer Sanierung gegenüber einem Neubau erheblich kostengünstiger seien. Sie beruft sich auf Zahlen der ADD. Eine schriftliche Vorlage dieser Zahlen gab es nie. Es gab öffentliche Veranstaltungen der Stadt, in denen alle Mandatsträger Rede und Antwort standen. Das Gleiche erfolgte in Fragestunden des Ortsbeirates. Die Vertreter der BI fanden immer offene Türen bei den Dezernaten, beim Ortsbeirat, der GWM und der Verwaltung.

Um eine Verschattung der Nachbarschaft zu vermeiden, wurde die Baumaßnahme um einige Meter von der Bebauung weg geplant. Leidtragende sind die Kinder und das Lehrpersonal, die in einem mit Schimmel befallenen Gebäude mit ständig neuen Mängeln ausharren müssen.

Klara Holzkämper
Mainz

REDAKTION MAINZ

Sekretariat:
Angelika Berg 06131-48-5840
Christina Kochs -5845
Isabella Brandau -5945
Fax: 06131-48-5848
E-Mail: az-mainz@vrm.de

Redaktion:
Alexandra Eisen (lex) -5840
Michael Erfurth (mer) -5843
Michael Bermetinger (ber) -5809
Maika Hessedenz (mh) -5944
Michael Jacobs (mij) -5941
Petra Jung (per) -5942
Lisa Maucher (lma) -5974
Carina Schmidt (csc) -5936

Blattmacher:
Johannes Bolwin, Cornelia Brück, Angelika Dorweiler, Susanne Einhäuser, Annette Kapp

Regionale Verkaufsleiter:
Anzeigene: Steffen Schulle -4710
Lesermarkt: Bernd Atof -4951

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegen Prospekte der Firmen Media Markt, Eder & Heylands bei.

Allgemeine Zeitung

MAINZER ANZEIGER
Geschäftsstelle und Redaktion:
Markt 17, 55116 Mainz
Herausgeber:
Hans Georg Schrücker
Verlag: VRM GmbH & Co. KG, Erich-Dombrowski-Straße 2, 55127 Mainz, (zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen), Postfach 3120, 55021 Mainz, Tel. (06131) 4830; Fax (06131) 485868, AG Mainz-HRA 0535
pHIG-VRM Verwaltungs-GmbH
Geschäftsführung:
Hans Georg Schrücker (Sprecher),
Dr. Jörn W. Röper
Chefredakteur: Friedrich Roehrig, Mainz (redaktionell verantwortlich)
Stellv. Chefredakteur: Lutz Eberhard
Mitglied der Chefredaktion: Christian Matz
Redaktionsleitung Mainz: Alexandra Eisen,
Michael Erfurth (Stv.), **Redaktionelle Koordination:** Ulrich Gerecke
Newsdesk: Christine Bausch
Politik: Reinhard Breidenbach (Ltg. und Chefredakteur)
Wirtschaft: Ralf Heidenreich
Kultur: Johanna Dupré
Sport: Dennis Rink, Andreas Riechert (Stv.)
Nachrichten: Claudia Nauth, Ute Siegfried-Henkel, Andreas Härtel
Berliner Büro: Eva Quadbeck, Dr. Gregor Mayntz
Art Director: Stefan Vieten
Journal: Monika Nellesen
Magazinredaktion: Claus Wolff
Crossmedia/Foto/Bewegtbild: Sascha Kopp, Simon Rauh
Chefredakteur Online: Lutz Eberhard
Geschäftsleitung Markt: Bernd Koslowski
Anzeigen: Gerhard Müller (verantwortlich)
Lesermarkt: Angela Harms
Logistik: Lars Groth
Druck: Druckzentrum Rhein Main GmbH & Co. KG, Alexander-Fleming-Ring 2, 65428 Rüsselsheim. Für unverlangt eingesandene Manuskripte keine Haftung. Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des Verlages.
Bezugspreis monatlich inkl. MwSt. und Zustellung im Paket „Print & Web“ 37,50 € (Träger), 40,10 € (Post/Inland). Abonnementkündigungen müssen schriftlich bis zum 5. des Monats zum Monatsende im Verlag vorliegen. Bei Lieferungsbehinderungen ohne Verschulden des Verlages oder infolge höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Entschädigung.
Anzeigepreise laut Preisliste Nr. 45 ab 1. Januar 2017. Für private Gelegenheitsanzeigen gilt die Preisliste Nr. 14 vom 1. Juni 2016.